

Bilanz und Ausblick

Kornelia Wehlan auf der Gesamtmitgliederversammlung zur Wahl der Direktkandidatin für den Landtagswahlkreis 24, am 13.02.2009 in Dennewitz

Erster Direktwahlkreis für DIE LINKE in TF

Vor fünf Jahren auf der Gesamtmitgliederversammlung zu meiner Wahl als Direktkandidatin für den Landtagswahlkreis 24 war mir nicht wirklich klar, dass ich ein halbes Jahr später bei der Landtagswahl den ersten Direktwahlkreis in Teltow-Fläming für DIE LINKEN holen werde. Rudi Haase, scheinbar mein größter Fan, hatte mir das damals schon prophezeit – die Bürgerinnen und Bürger in Luckenwalde, Jüterbog, im Amt Dahme/Mark, Niedergörsdorf und im Niederen Fläming sahen das dann mehrheitlich auch so. Gegenkandidaten von SPD und CDU waren der Bildungsminister Herr Reiche und die damalige bildungspolitische Sprecherin Frau Hartfelder. Ihr erinnert euch sicherlich, es war das Jahr vor der Einführung der Hartz IV-Gesetze, die wir schon damals als Armut per Gesetz deutlich kritisierten. Auch im Kreistag führten wir dazu die politische Debatte.

Die PDS holte 2004 23 Direktmandate im Land – das waren 32 Prozent der Erststimmen. Im Zweitstimmenergebnis für die Partei erreichten wir 28 Prozent. Unsere politischen Kontrahenten sagten damals, dass wir ausschließlich auf der Woge von Hartz IV diese Ergebnisse eingefahren haben.

Es gab ja auch vorher keine Zeit in Deutschland, wo – noch dazu unter Rot-Grün – ein solches Sozialabbauprogramm – wie mit der Agenda 2010 – beschlossen wurde. Wo in einem gebündelten Gesellschaftskonzept rot-grüne Maßnahmen auf dem Weg gebracht wurden, die sich besonders gegen Arbeitslose, Niedriglohnverdiener, Rentner und Kranke richteten. Das, wie die Erfahrungen von heute zeigen, in beispielloser Art und Weise die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland überproportional auseinanderdriften ließ.

Bildungspolitik ist abgewählt worden

Und doch sage ich ganz deutlich, in Teltow-Fläming – im DWK 24 – ist 2004 auch die Bildungspolitik der großen Koalition im Land abgewählt worden. Und das zu Recht! Wir waren eben nicht nur mit unseren Konzepten für eine andere Arbeitsmarkt-, Renten- und Gesundheitspolitik in der Öffentlichkeit – nein auch mit unseren Vorstellungen – für eine gute Bildung für alle – begonnen in der Kita.

Für uns ist Bildung die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln können. Bildung hilft Armutsrisiken zu reduzieren.

Aber, nach wie vor, ist Brandenburgs Bildungssystem extrem unterfinanziert. Wir haben mit den schlechtesten Personalschlüssel im Kita-Bereich – wie überhaupt die Personalausstattung auch an den Schulen der Knackpunkt ist.

Bessere schulische Leistungen können nur durch intensiven Förderunterricht erreicht werden. Das bedeutet möglichst niedrige Klassen- und Kursfrequenzen und den konsequenten Ausbau von Ganztagschulen. Es darf nicht hingenommen werden, dass Schulen in freier Trägerschaft bessere Bedingungen für Kinder bieten als öffentliche Schulen. Würde dieser Grundsatz in Brandenburg gelten, wären etliche ländliche Schulstandorte heute noch da. Und würden eben nicht Schulstandorte wie die Oberschule in Dahme oder das Gymnasium in Jüterbog Jahr für Jahr mit großer Sorge die Entwicklung der Schülerzahlen betrachten müssen.

Ja, noch heute schmerzt der aussichtslose Kampf für den Erhalt der weiterführenden Schule in Werbig und wurde so manche Grundschule im Kreis durch die Schnellläuferklassen an den Gymnasien vor erhebliche Probleme gestellt. Wir stehen für ein anderes Bildungskonzept, das

längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, wie auch Chancengleichheit und Teilhabe. Und das wird auch zukünftig ein Schwerpunkt der Arbeit der Landtagsfraktion sein.

Um die Verbesserung des Lebensalltags geht es

Besonders der Süden des Landkreises TF ist reich an vielfältigen Landschaften. Wie alle freuen wir uns über den Großen Preis des Deutschen Mittelstandes oder über den Preis der Sparkassen Ostdeutschlands für den Landkreis Teltow-Fläming. Unser Kreis ist gut aufgestellt. Teltow-Fläming ist ein wirtschaftlich prosperierender Landkreis. Vor allem aber sind es die Menschen, die unseren Kreis lebens- und liebenswert machen. Den Kindern, den jungen und älteren Teltow-Flämingern muss daher unser aller besondere Aufmerksamkeit gelten. Um die Verbesserung ihres Lebensalltags geht es.

Deshalb verschließen wir trotz der erreichten Erfolge nicht davor die Augen, dass fast 10.000 Menschen im Landkreis im Januar 2009 völlig ohne Arbeit sind und, dass mehr als 3.000 Frauen und Männer, obwohl sie erwerbstätig sind, nicht von ihrer Hände Arbeit leben können und Sozialleistungen beantragen müssen.

Kinderarmut ist auch in Teltow-Fläming längst schon angekommen. Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung „Bildung in Deutschland 2008“ stellt für Brandenburg ganz klar ein Anwachsen der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren fest, die in armen Haushalten leben, also unter 60 Prozent des durchschnittlichen Familieneinkommens haben. Und zwar von einem Viertel auf ein Drittel.

Hartz IV ist Kinderarmut per Gesetz

Kinderarmut in einem so reichen Land ist ein so bedrückender Umstand, sie betrifft uns alle persönlich. Deshalb gilt für die heutige und künftige Landtagsfraktion der LINKEN: im Einsatz für die Interessen dieser Kinder, im Ringen um die schnelle Verbesserung ihrer alltäglichen Lebensumstände und der Wahrung ihrer Zukunftschancen waren und sind wir nicht kompromissbereit, werden wir nie kompromissbereit sein. Wir haben leider keine aktuellen Zahlen aus TF – aber 70.000 Kinder in Brandenburg leben in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Angesichts dieser massiven Armutserfahrungen bereits einer ganzen Generation reift ein ernster Generationenkonflikt, der die Parteien und die Politik im Land zu Korrekturen bewegen sollte. Aber auch der Preis und Kostenauftrieb bedroht Viele in ihrem erreichten Lebensstandard. Der aktuelle Bericht über die Lebenslagen macht klar: Armut ist allgegenwärtig in Brandenburg - in TF - und ist dort besonders stark, wo Regionen besonders schwach sind. Nun hilft es den Betroffenen nicht zu wissen, dass diese Entwicklung voraussehbar war und, dass wir mit unserer Kritik an der Agenda 2010 im Kern richtig lagen und liegen.

Kein weiter so...

Die Konsequenzen sind mehr als überfällig und gerade wir müssen Schritte zur Veränderung aufzeigen. Angesichts der steigenden Preisspirale für alles, was man zum Leben braucht, angesichts von Armut und beginnender Krise, wird es ganz deutlich: Bei einem WEITER SO der Politik wird das Leben wie bisher nicht so WEITER GEHEN können.

Denn, was haben wir in letzter Zeit erlebt?

Wenn es darauf ankommt, ist plötzlich Geld da, wie die 500 Milliarden Euro für die Banken, was sich vorher nicht finden ließ für Arbeitslose, Kinderbedarfssätze, mehr Kita-Erzieherinnen oder Lehrerstellen. Auch nicht für mehr öffentlich finanzierte Beschäftigung. In einem kurzen Moment der Wahrheit benennt regierende Politik Ursachen der Krise, die auch wir sehen: Finanzkrise durch frei gegebene Wechselkurse, unkontrollierten Kapitalabfluss, Steueroasen, risikoorientiertes, betrügerisches Agieren der Banken ...

Die weltweite Finanzkrise macht deutlich, dass ein ungezügelter, nicht reglementierter Finanzmarktkapitalismus den Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung an Freiheit und Gerechtigkeit in wirtschaftlich abgesicherten Lebensverhältnissen nicht gerecht wird. Die Finanzkrise hat Auswirkungen auf unsere Kommunen und die Wirtschaft.

Auch unser Kreis ist betroffen von steigenden Risikozuschlägen und Zinsen bei Krediten sowie dem Wegfall von Exportmärkten wie in der Automobilindustrie und in der Holzbranche. Der Übergang zur Kurzarbeit in Betrieben der Automobilindustrie und des Holzkompetenzentrums Baruth, wie auch in kleinen Betrieben des Handwerks und der Dienstleistungen sind beredter Ausdruck dafür. Damit drohen zunehmende Arbeitslosigkeit und weitere Belastungen besonders für Familien und Kommunen. Es gibt also viel zu tun - und das unter sich verschlechternden Bedingungen.

Offener Brief der LINKEN

Das ist auch der Grund, weshalb sich DIE LINKE kürzlich in Anbetracht notwendiger aktueller Entscheidungserfordernisse mit für den Landkreis erheblichen Wirkungen an alle demokratischen Fraktionen im Kreistag gewandt hat. Wichtig war uns, eine tragfähige Basis für gemeinsam zu treffende Entscheidungen zu finden. Dazu hatten wir fünf Schwerpunkte benannt: Gute Arbeit, die gerecht entlohnt wird; einen Sozial- und Familienpass gegen die Armut; gute Bildung für alle; Demokratie leben mit Mitspracherechten der Bürger; eine Finanzpolitik mit Augenmaß. Zuvorderst und dringlich wurden Entscheidungen zur Umsetzung der Möglichkeiten aus dem Konjunkturpaket II und zur Inanspruchnahme des Förderprogramms Kommunal-Kombi aufgezeigt.

Uns geht es um ein regionales Wirtschaftsstabilitätsprogramm, bevor eine Pleitewelle kommt. Öffentliche Aufträge für Betriebe in der Region können die Wirtschaft beleben. Ein Zeitverzug bei der Nutzung der Möglichkeiten aus dem Konjunkturpaket II des Bundes darf deshalb nicht zugelassen werden. Bereits 2009 müssen 50 Prozent der Summen ausgegeben sein und das für zusätzliche Maßnahmen.

Der Einsatz der Mittel aus dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi im Kreis ist ein konkretes Zeichen, um Einschnitte in die Familienhaushalte, die besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, abmildern zu helfen. Seit Dezember 2008 zählt nun auch der gesamte Landkreis Teltow-Fläming zu den ausgewählten Regionen mit 12 Prozent Arbeitslosigkeit an die sich das Programm richtet. Mit den Anträgen von SPD und CDU zum Kommunal-Kombi und zum Konjunkturprogramm am Montag im Kreistag wurde auf unsere Initiativen dazu im Offenen Brief reagiert. Wir werden beide Anträge unterstützen.

Und hier eröffnet sich für mich der Übergang zur aktuellen Umfrage von Emnid, die unser Landesvorstand veranlasst hat.

Unsere Arbeit wird wahrgenommen

Unsere Arbeit im Land, im Kreis wird wahrgenommen und wird anerkannt. Zur erneut dokumentierten landespolitischen Stabilität für DIE LINKE kommt ein deutlich wachsendes Ansehen für die Partei in vielen Punkten:

- DIE LINKE ist heute noch mehr als bisher schon die Partei der „kleinen Leute“ 69 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger sagen das heute. Im Januar 2008 waren es 61 %. 95 % der eigenen Anhänger sehen das so. Selbst 69 % (2008: 64 %) der Anhänger der SPD und 52 % der CDU (2008: 48 %) teilen diese Auffassung.
- Die LINKE. Brandenburg hat gute Politiker. Erstmals sieht das eine Mehrheit im Land so. 55 % sagen das. 2008 waren es erst 44 %.
- DIE LINKE hat gute Konzepte für das Land Brandenburg. Auch hier gibt es erstmals 51 % Zustimmung. 2008 waren es 42 %.

- Der LINKEN wird zunehmend mehr Regierungsfähigkeit zugestanden. 42 % sehen diese heute als gegeben an. 2008 waren es 32 %.
- 31 % finden, dass DIE LINKE das Land gut durch Krisenzeiten führen kann. Mehr als uns gegenwärtig wählen würden. Da ist also noch etwas drin.

Schuster bleib bei deinen Leisten

Was sagt uns das? Es gibt so ein Sprichwort: „Schuster bleib bei deinen Leisten.“ Das hat für mich viel mit Glaubwürdigkeit, mit Bodenständigkeit, mit Vertrauen zu tun.

Unsere Leisten sind Teilhabe und Chancengleichheit auch der Menschen zu gewährleisten, die unter Hartz IV besonders leiden müssen: Das sind vor allem und in erster Linie die Kinder. Deshalb unser Engagement zur Erhöhung der Regelsätze für Kinder, was endlich nun auch durch das Bundessozialgericht aufgegriffen wurde, Zuschüsse zur Einschulung, für ein kostenfreies Mittagessen, eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung und Vorschuljahr, ein Sozialticket und die Sicherung ländlicher Schulstandorte.

Unsere Leisten sind Arbeit zu sichern und zu schaffen, von der man menschenwürdig leben kann. Und hier meinen wir nicht nur die Niedriglohnverdiener, die noch Aufstockungszahlungen vom Staat bekommen müssen. Wir meinen auch die, die seit Jahren dem Fakt sinkender Reallöhne ausgesetzt sind und denen trotz Vollbeschäftigung in den Familien immer weniger übrig bleibt für Kultur, Ausbildung der Kinder oder Urlaub. Die Teltow-Fläminger liegen im Durchschnitt mit einem Viertel unter dem bundesweiten Bruttojahresverdienst bei Vollbeschäftigung (30.490 Euro), arbeiten dafür aber mit 1.517 Stunden am längsten von allen: 84 Stunden über dem Bundesdurchschnitt und 99 über dem der westlichen Länder.

Unsere Leisten sind mehr Qualität in der Bildung, keine Studiengebühren, Demokratie und Rechtsstaat stärken, für bezahlbare Lebensumstände sorgen, ein gutes Leben in allen Regionen sichern und nicht nur im Speckgürtel Berlins.

Für uns gehört die Sicherung der Nahbereichszentren unterhalb der Mittelzentren unbedingt dazu. Es ist nicht einzusehen, dass Landstädte wie Baruth, Dahme und Trebbin im Landesentwicklungsplan ihre Zentrumsfunktion gestrichen bekommen, nach wie vor aber besondere Aufgaben der Umlandversorgung haben und nun sehen müssen, wie sie diese erfüllen mit weniger Geld vom Land. Das schwächt den ländlichen Raum und stellt das Verfassungsziel gleichwertiger Lebensbedingungen in den Regionen Brandenburgs in Frage.

Auch durch diese Entscheidungen gibt es insgesamt wie die Umfrage zeigt, eine wachsende Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. Das gilt sowohl für das Land als auch für den Bund.

- Gegenwärtig sind nur 58 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger entschlossen zur Bundestagswahl und nur 55 %, entschlossen zur Landtagswahl zu gehen.
- die Noten für die Landesregierung sind in zentralen Politikbereichen bestenfalls Durchschnitt:

- Bessere Lebensbedingungen für Kinder schaffen; Note: 3,0
- Erhalt der Wirtschaftsstandorte in Brandenburg; Note: 3,0
- Gute Bildung für alle gewährleisten; Note: 3,1
- Gute Lebensbedingungen in allen Regionen erhalten; Note: 3,2
- Die Armut bekämpfen; Note: 3,2
- Arbeitsplätze schaffen, von denen man vernünftig leben kann; Note: 3,4

Besonders in der Kritik steht offensichtlich die Politik des Niedriglohnstandortes Brandenburg, die durch die Landesregierung – besonders durch den CDU-Wirtschaftsminister Junghans – offensiv vertreten wird.

- Nur für ein Viertel der Bevölkerung hat sich die wirtschaftliche Situation während der Regierungszeit von Matthias Platzeck verbessert.
- 26 % beantworten die entsprechende Frage mit ja und 68 %, also mehr als 2/3 mit Nein. Das entspricht unverändert den Werten von 2008.

Die Lebensbedingungen in Brandenburg sind **nicht** gerechter geworden:

- 73 % finden, dass das der Fall ist. Nur 20 % sind der Auffassung, dass die Lebensbedingungen gerechter geworden sind. Auch hier ist die Stimmung unverändert schlecht.

Für uns hat Politik mit Verantwortung für Menschen zu tun, mit sozialer Verantwortung. Politik hat auch dafür zu sorgen, dass sich niemand in der Gesellschaft dieser Verantwortung entziehen kann.

Große Fragen stehen auf der Tagesordnung

Es sind große Fragen auf die Tagesordnung gerückt, wie die nach dem Verhältnis von Markt und Staat, von Wirtschaft und Politik, von Risiko und Sicherheit, von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung, von Macht und Teilhabe. Es kann einem regelrecht schwindlig werden, angesichts der massenhaften politischen Wendungen aller Couleur in den letzten Wochen, die laut nach dem starken Staat riefen und ihn früher eher als Störfaktor für die freie Wirtschaft sahen.

Um das was wir wollen umzusetzen und wofür wir hier und heute und in den nächsten Wochen um Zustimmung werben braucht es eine Grundvoraussetzung: Demokratie. Wir setzen aus gutem Grund auf Wiederbelebung und Weiterentwicklung der Demokratie.

Nicht zuletzt die geringe Beteiligung auch bei den Kommunalwahlen macht die Aufgabe deutlich. Denn, wenn nun klar und offensichtlich ist, dass mehr als die Hälfte der Menschen in Ostdeutschland der radikalen Marktwirtschaft misstrauen, wenn wir nach einem anderen Weg suchen, den wir demokratischen Sozialismus nennen, dann heißt das alles andere, als zurück zur DDR.

Das Prinzip der sozialen Verantwortung verträgt sich so gar nicht mit einem vormundschaftlichen Staat, mit Bevormundung und Entmündigung, mit Überwachung, Gängelung, Misstrauen und Instrumentalisierung von Menschen. Die Lehre aus der Geschichte ist, dass es Sozialismus ohne Demokratie nicht geben kann! Dahinter gibt es für mich kein Zurück.

Demokratie lebt davon, dass Interessen benannt, vertreten und durch überzeugende Argumente – in Auseinandersetzung mit anderen – durchgesetzt werden. Wir setzen dabei auf den Ausbau demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten. Und wir setzen auf die Bekämpfung und Vermeidung von Armut. Es muss endlich Schluss sein mit der Niedriglohnpolitik und mit der Entwürdigung Langzeitarbeitsloser und ihrer Familien. Überfällig sind eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung, wenigstens aber erhöhte Bedarfssätze beim ALG II sowie Investitionen in Kitas und Schulen, wie auch in Personal und Sachkosten.

Viel erreicht – es bleibt aber noch viel zu tun

Wir haben schon viel erreicht, wir haben aber auch noch viel zu tun.

Vielleicht an dieser Stelle für die Statistikfreaks noch einige Daten zu meiner Arbeit im Landtag und im Wahlkreis:

- Ich habe in 85 Landtagsitzungen 112 Anfragen an die Landesregierung gestellt.
- Ich habe in 37 Landtagsreden besonders zu meinem Fachbereich ländliche Entwicklung und Agrarwirtschaft aber auch zum Antrag der LTF „Für ein wirkliches Bündnis am Boden“ unsere inhaltlichen Forderungen vertreten.
- Ich habe 40 Kleine Anfragen gestellt und für die Landtagsfraktion mit externem Sachverständigen zwei Große Anfragen und einen Gesetzentwurf erarbeitet.

Die Initiativen meiner Arbeit im Direktwahl- bzw. Landkreis waren auf folgende Schwerpunkte gerichtet:

- Zügige Fertigstellung der B 101
- Sicherung des Schulstandortes Dahme
- Kommunalisierung des Mellensees
- Fördermittel für die Kita Nuthe-Urstromtal
- Eigenanteil für das Regionalmanagement der LEADER-Aktionsgruppen
- Verwertung der Flächen Kummersdorf-Gut
- Personenstandsgesetz und Auswirkungen für ländliche Gemeinden (Niedergörsdorf)
- Sicherung der Nahbereichsstufe unterhalb der Mittelzentren
- Infrastrukturförderung für das Holzkompetenzzentrum Baruth
- Erweiterung des Mittelzentrums Schönefeld um die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow
- Entwicklung der Militärfäche Sperenberg
- Prüfbericht Arge Teltow-Fläming
- Illegale Müllablagerung in Teltow-Fläming
- Zukünftige Sportförderung durch den Wegfall des Bundesleistungsstützpunktes Ringen,
- Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Internatsplätzen für Sportler
- Weiterbetrieb Künstlerhaus Wiepersdorf
- Fördermittel für Teichwirtschaft in TF
- Auslaufen der Pachtverträge
- Direktzugang per Bahn zum Flughafen Schönefeld für Luckenwalde und Jüterbog
- Wiederherstellung der S-Bahnverbindung Blankenfelde-Rangsdorf
- Sicherung der Saisonkräfte für Obst- und Gemüsebauern

Danke für Eure Aufmerksamkeit.